

BILDUNGSGERECHTIGKEIT FÖRDERN

Forschungsbefunde, Empfehlungen und Desiderata

Die Österreichische Forschungsgemeinschaft (ÖFG) übermittelt ein von der ARGE Bildung und Ausbildung erarbeitetes Positionspapier. Es basiert auf den Ergebnissen eines internationalen wissenschaftlichen Symposiums zum Thema „Bildungsgerechtigkeit – ein erfüllbarer Anspruch?“ im Juni 2015. Die Impulse der Referentinnen und Referenten bilden das Fundament der folgenden Empfehlungen, die von Christiane Spiel und Barbara Schober zusammengefasst wurden.

Ausgangssituation

Bildungsgerechtigkeit ist ein Thema, das derzeit international und national in Bildungsdiskussionen und politischen Programmen einen hohen Stellenwert einnimmt. Die Herstellung von mehr Bildungsgerechtigkeit gilt als unbestrittenes Desiderat, wobei unter Bildungsgerechtigkeit durchaus Unterschiedliches verstanden wird. Unbestritten ist dabei, dass „Gleichheit“ im Sinne gleicher Bildungsergebnisse nicht erzielt werden kann. Fraglos geht es aber im Kern des Diskurses um zwei zentrale Aspekte: Teilhabegerechtigkeit und Chancengleichheit. Die Bundesverfassung, Art. 14, formuliert diese beiden Ansprüche sinngemäß, indem sie fordert, dass der „...gesamten Bevölkerung, unabhängig von Herkunft, sozialer Lage und finanziellem Hintergrund [...] ein höchstmögliches Bildungsniveau“ gesichert werden soll, was Chancengleichheit ausdrückt, und alle im Sinne der Teilhabegerechtigkeit „...befähigt werden [sollen], am Kultur- und Wirtschaftsleben Österreichs, Europas und der Welt teilzunehmen“. In der Umsetzung dieser angestrebten Bildungsgerechtigkeit besteht jedoch Handlungsbedarf – wie viele internationale und nationale Studien immer wieder zeigen.

Intention dieses Positionspapiers ist es, forschungsbasierte Handlungsempfehlungen zur Förderung von Bildungsgerechtigkeit in Österreich zu formulieren sowie Forschungsdesiderate zu benennen, deren Klärung Hilfestellungen für weitere Entscheidungen und Strategien liefern kann.

1) Forschungsbasierte Handlungsempfehlungen

Auf bildungs- und gesellschaftspolitischer Ebene

- Ausgangssituation präziser explizieren:
 - Reflexion aktueller Konzepte von Bildungsgerechtigkeit und darauf basierender aktueller und geplanter Maßnahmen
 - „Kassasturz“: Wohin genau fließen derzeit Geldmittel unter dem Label „Bildungsgerechtigkeit fördern“ und welche Handlungsspielräume gibt es? Werden vorhandene Ressourcen in zielführender Weise verteilt und nachweislich effizient genutzt?
- Bedeutsamkeit des Themas für alle sichtbar machen – gesellschaftliche Verantwortung schaffen:
 - Gesetzliche Verankerung erweitern und präzisieren; d.h. z.B. Bildungsgerechtigkeit als Staatsziel formulieren („Recht auf Bildungsteilhabe“)
 - Bildungsgerechtigkeit und soziale Gerechtigkeit sind eng verbunden; demokratische Verantwortlichkeit im Sinne des Ausgleichs von Benachteiligungen sollte daher explizites Bildungsziel werden; insbesondere höher gebildete Personen sollten ihre Verantwortung wahrnehmen
- Ganzheitliche Konzepte systematisch entwickeln und umsetzen:
 - Konsolidierung der laufenden Reformen anstreben (d.h. Kohärenz sicherstellen, Reformaktivismus vermeiden)
 - Beitrag von Strukturreformen zur Bildungsgerechtigkeit klären (z.B. Gesamtschule, Zentralmatura)
 - Zusammenhang zu gesellschaftlichen Entwicklungen mit berücksichtigen (Bsp. wirtschaftliche Krisen/Veränderungen, wie z.B. Industrie 4.0)

- Gezielte Maßnahmen für bereits identifizierte Ankerpunkte entwickeln und umsetzen:
Dazu zählen z.B.
 - Frühkindliche Bildung fördern
 - Strukturelle Hindernisse wie Bildungsübergänge unterstützend gestalten und Bildungswege offen halten
 - Den Status der Berufsbildung erhöhen und allgemeinbildende Anteile verstärkt in die Berufsbildung integrieren

Auf Ebene von Schulorganisation, konkreten Schulen und LehrerInnenprofession

- Angemessene Grundbildung definieren und entsprechende Mindeststandards mit Kriterien (in Ergänzung zu Regelstandards) entwickeln
- Sozialindexbasierte Mittelverteilung an Schulen einführen
- Schulautonomie mit entsprechenden Verantwortlichkeiten und Rahmenbedingungen (inkl. Einbettung in die Gemeinde) ausgestalten und etablieren
- Förderung von Bildungsgerechtigkeit zum selbstverständlichen Bestandteil des Lehrens und Lernens machen und auftretende Konflikte bearbeiten
- Bildungsgerechtigkeit als Teil des Professionsverständnisses im LehrerInnenberuf verankern
- Individualisierung und Ergebnisverantwortung als evidenzbasierte Merkmale guter Schulen systematisch in Schule und Unterricht implementieren

2) Forschungsdesiderata

- Definitive Klärung der relevanten Begriffe (u.a. Bildungsgerechtigkeit, Bildungsminimum) als Basis für zielführende Maßnahmen vorantreiben
- Wirkmechanismen erforschen und mit Monitoring verschränken: Wie wirken sozioökonomischer Status und Migrationsstatus auf Bildungsverläufe? Welche strukturellen und pädagogisch-psychologischen Hindernisse gibt es bei der Herstellung von Bildungsgerechtigkeit? Auf welche Weise interagieren Benachteiligungen in verschiedenen Risikogruppen und wie kann eine sich selbst verstärkende Entwicklung zunehmender Ungleichheit verhindert werden?
- Gründe für das Scheitern von Bildungsreformen analysieren und Gelingensbedingungen identifizieren
- Implementierungskonzepte für Maßnahmen zur Herstellung von Bildungsgerechtigkeit entwickeln und deren Umsetzung evaluieren
- Interdisziplinäre Forschung zum Thema Bildungsgerechtigkeit fördern und adäquate Förderinstrumente bereit stellen, damit die in diesem Feld notwendigen komplexen und aufwändigen Forschungsdesigns umgesetzt werden können

Eine sachorientierte und nachhaltige Bildungspolitik – losgelöst von parteipolitischen Diskussionen und tagespolitischen Schauplätzen – wäre für eine konsequente Qualitätssicherung im Bildungssystem generell nötig. Allerdings erfordert der Anspruch auf Bildungsgerechtigkeit auch einen breiten gesellschaftlichen Diskurs, der nicht den AkteurlInnen des Bildungssystems alleine überlassen bleiben kann.

August 2015

**ÖSTERREICHISCHE FORSCHUNGSGEMEINSCHAFT
„ARGE Bildung und Ausbildung“ (Leitung: Univ.Prof. DDr. Christiane Spiel)
Berggasse 25, 1092 Wien (oefg@oefg.at / www.oefg.at)**